

Pseudo-Verleger in den USA verurteilt

Ein Bundesgericht im US-Staat Nevada hat den pseudowissenschaftlichen Verlag „Omics International“ und dessen Chef Srinubabu Gedela zu einer Strafe von über 50 Millionen US-Dollar verurteilt. Der indische Verleger hatte im großen Stil gegen wissenschaftliche Standards verstoßen. Die Höhe der Geldstrafe orientiere sich an den Kosten, die „Omics“ zwischen 2011 und 2017 von seinen Kunden abgerechnet habe, berichtete die „New York Times“. Geklagt hatte die US-amerikanische Wettbewerbs-

behörde FTC.

Der Verleger für Open-Access-Veröffentlichungen bot zwar ein Peer-Review-Verfahren an, doch oftmals erschienen Artikel ohne tatsächlich begutachtet zu werden. Viele der angegebenen Gutachter existierten gar nicht. Sie wussten laut Berichterstattung nicht, dass sie als Gutachter bei „Omics“ vermerkt waren, oder hatten erfolglos versucht, gestrichen zu werden. Zudem wurden Forschende in vielen Fällen vor einer Veröffentlichung nicht darüber informiert, wie

teuer die vermeintliche Begutachtung ihrer Publikation sein werde.

Auch ein eigenes Ranking-System habe der Verleger geschaffen. Aus den Suchanfragen bei Google Scholar habe er eine Art Impact-Faktor entwickelt und auf der Seite von „Omics“ seien Logos von Institutionen aufgetaucht, die mit dem Pseudo-Verlag gar nichts zu tun hätten.

Auch bei Veranstaltungen seien falsche Angaben gemacht worden. Vorträge fanden laut Programm-Angaben

mit Rednern statt, die überhaupt nicht auftreten sollten, wie die „NYT“ berichtete.

„Omics“ hat laut Berichterstattung von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung bereits alle Vorwürfe zurückweisen lassen. Der Verleger wolle in Berufung gehen und verlange von FTC einen Schadensersatz von 3,1 Milliarden US-Dollar.

Hunderttausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben bei dem Verlag publiziert, darunter auch viele aus Deutschland.

Staatsanwalt ermittelt wegen Tierversuchen

Die Staatsanwaltschaft Heidelberg hat ihre Ermittlungen gegen Wissenschaftler wegen möglicherweise illegaler Tierversuche am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) ausgedehnt. Inzwischen liegen drei Anzeigen gegen zwei Frauen und einen Mann vor, wie Tim Haaf, Sprecher der Anklagebehörde, sagte. Eine Anzeige stammt vom Verein „Ärzte gegen Tierversuche“. Sie richtet sich gegen eine Ärztin, die eine Studie über die Wirksamkeit einer Therapie für eine bestimmte Krebsart leitete und dabei Mäuse nutzte.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat nach Angaben von Haaf im Februar zwei Frauen und ein Mann wegen möglicher Verstöße gegen das Tierschutzrecht angezeigt; eine davon ist eine Medizinerin, die mittlerweile nicht mehr am DKFZ arbeitet. Hinzu kommen Anzeigen gegen einen Mann und eine Frau, die an dem Experiment beteiligt waren. Ob die beiden noch am Zentrum tätig sind, ist unklar.

Das Team um die Ärztin untersuchte die Möglichkeiten der Virenthherapie beim Ewing-Sarkom, einer bösartigen Krebserkrankung, die gehäuft bei Kindern auftritt. Die

Veröffentlichung der Studie im vergangenen Sommer rief Tierschützer auf den Plan. Das DKFZ räumt ein, dass die Forscher den vorgeschriebenen Versuchszeitrahmen von fünf Jahren um sechs Wochen überzogen, eine andere Tumorzelllinie als ursprünglich geplant benutzt und einige Mäuse zu spät eingeschläfert haben. An Tumoren ist aber keines der Tiere gestorben, wie das DKFZ betonte.

Der Fall löste eine Debatte über die Notwendigkeit von Tierversuchen, über Alternativen und die Forderung der Forscher nach flexibleren Re-

geln für Tierexperimente aus. Das Regierungspräsidium – Genehmigungsbehörde für Tierversuche in seinem Bezirk – äußerte sich vage. Die Prüfung des Vorgehens der Wissenschaftler sei abgeschlossen. Sie habe ergeben, dass neben dem Verdacht einer Ordnungswidrigkeit auch Straftaten vorliegen könnten. Deshalb sei der Vorgang der Staatsanwaltschaft übergeben worden, teilte die Behörde mit ohne Einzelheiten zu nennen. Ob die Genehmigung für die Experimente damit rückwirkend entzogen wird, sei Gegenstand des laufenden Verfahrens. *dpa*

Skandal an US-Hochschulen weitet sich aus

Im Bestechungsskandal an US-Hochschulen müssen sich etliche Beschuldigte nun auch wegen Geldwäsche verantworten. 15 Eltern wird vorgeworfen, Bestechungsgelder und andere Zahlungen an eine als gemeinnützig eingestufte Organisation des Drahtziehers Rick Singer geleistet zu haben, teilte die Staatsanwaltschaft in Boston im Bundesstaat Massachusetts am Dienstag mit.

Zudem sollen sie zu Betrugszwecken Geld von außerhalb der USA in das Land überwiesen haben. Den Eltern drohen Haftstrafen und Geldbußen.

Um ihre Kinder in Yale, Stanford oder Georgetown zu platzieren, sollen Dutzende Prominente und andere wohlhabende Eltern Mitarbeiter an Colleges und Universitäten in den USA bestochen haben. In einigen Fällen

hätten bezahlte Vertreter die Uni-Aufnahmeprüfungen für die Sprösslinge gemacht, in anderen wurden die Ergebnisse der Kinder nach oben korrigiert. Manchmal wurden Sporttrainer und andere Hochschul-Beschäftigte bestochen, um den Nachwuchs als Athleten an den Unis unterzubringen.

In dem Skandal hatte sich US-Schauspielerinnen Felicity Huffman, unter anderem be-

kanntgeworden über die Serie „Desperate Housewives“, schuldig bekannt. Huffman soll laut Anklage – als Spende getarnt – 15 000 US-Dollar (13 300 Euro) Schmiergeld gezahlt haben, um zu erreichen, dass Antworten ihrer ältesten Tochter beim landesweiten Einstufungstest SAT nachträglich aufgebessert wurden.

dpa/kas